

D+Z

Entwicklung und Zusammenarbeit

33. 1992, 4

ISSN 0721-2178



◆ **Ein neuer Wind des Wandels in Afrika**
Demokratisierung und Demokratisierungshilfe

◆ **Die EZ der USA**

◆ **Interview mit Staatssekretär Hårdtl**

Die Rechte der Mehrheit und die Rechte der Minderheiten

Kap-Republik im Umbruch

Klaus von der Ropp

Ende Dezember 1991 konstituierte sich in Johannesburg die Konvention für ein Demokratisches Südafrika (Codesa) zur Aushandlung einer neuen Verfassung sowie einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung für den Vielvölkerstaat. Noch vor etwa fünf Jahren waren diese Verhandlungen genauso undenkbar wie etwa jene über die Vereinigung Ost- und Westdeutschlands in den Jahren 1989/90. Was hat im einzelnen dazu geführt, daß auch in Südafrika ein irreversibler Prozeß fundamentaler Änderungen eingesetzt hat?

Die Verhandlungen, zu denen sich die seit 1948 regierende Nasionale Party van Suid-Afrika (NP), der African National Congress (ANC) und die ihm sehr eng verbundene linksorthodoxe South African Communist Party (SACP), die Inkatha Freedom Party (IFP) konservativer Zulus und einige marginale Parteien treffen, werden das Apartheid-System überwinden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob das Post-Apartheid-Südafrika demokratisch sein wird. Sie scheint umso berechtigter, als der latent starke rassistische Pan Africanist Congress, PAC („one settler, one bullet“), und die nicht minder rassistische rechtsextreme Konserwatiewe Party (KP), der wohl bereits die Mehrheit der weißen Afrikaner zuneigt, Codesa boykottieren.

Perestrojka und ihre Folgen für den Süden Afrikas

Es ist in Deutschland wenig bekannt, daß die Anstöße zur Lösung der miteinander verknüpften Probleme in Angola, Namibia und Südafrika von einer sowjetisch-britisch-amerikanischen Koalition ausgingen. Im Dezember 1987, nach einem Besuch in Moskau, überbrachte der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß der Regierung von Staatspräsident Pieter Willem Botha eine Botschaft von Michail Gorbatschow, wonach die Sowjets nicht länger an revolutionären Lösungen der Probleme Namibias und Südafrikas interessiert seien und daher nicht mehr die Absicht hätten, dort – ähnlich wie Mitte der 70er Jahre in

Mosambik und Angola – ihre Satellitenregime an die Macht zu bringen.

Die Neuorientierung der sowjetischen Politik rief den amerikanischen Chefunterhändler Chester A. Crocker und den von 1987 bis 1991 amtierenden britischen Botschafter in Südafrika, Sir Robin Renwick, auf den Plan, die nun mit den Sowjets eine strategische Allianz eingingen. Oberstes Ziel der amerikanisch-britisch-sowjetischen Diplomatie der Vermittlung war, die von ihnen in den Jahren 1988 bis 1990 angestrebte und erreichte Freigabe Namibias durch Pretoria für die Südafrikaner zu einer vertrauenbildenden Maßnahme werden zu lassen, die es ihnen ermöglichen würde, anschließend über die noch schwierigeren Probleme ihres eigenen Landes zu verhandeln.

Sir Robin – His Excellent Excellency

In der amerikanisch-sowjetisch-britischen Kontaktgruppe spielte Renwick die dominierende Rolle. Mit Fug und Recht nannte die gemäßigt konservative Johannesburger Sonntagszeitung Sunday Times ihn bei seinem Weggang aus Südafrika im April 1991 in einem „Sir Robin – His Excellent Excellency“ betitelten Aufsatz einen „interventionistischen Diplomaten“. So unbestritten sein sollte, daß die Mitte der 80er Jahre verhängten Sanktionen sehr dazu beitrugen, Pretoria an den Verhandlungstisch zu bringen, so unstreitig sollte auch sein, daß der US-Kongreß in der Sanktionsfrage eine treibende, die britische Regierung aber eine bremsende Rolle gespielt hatten. Das letztere gereichte Renwick im Dialog mit Pretoria zum Vorteil, wohingegen das erstere Crocker hinderte, das volle Gewicht Washingtons in die Waagschale zu werfen. Der Beitrag der Sowjets beschränkte sich darauf, die Verhandlungen mit den ihnen einst eng verbündeten Parteien SWAPO und ANC nicht zu stören. Für das starke Engagement der Briten waren Wirtschaftsinteressen ebenso entscheidend wie die Sorge, bis zu einer Million oft rassistischer britischstämmiger Südafrikaner könnten fluchtartig nach Großbritannien zurückkehren, sowie schließlich die Furcht vor dem Einsatz der militärischen Chaosmacht durch die in Pretoria herrschenden „Gestalten aus dem Alten Testament“ (so

Henry Kissinger im Juni 1976 im Gespräch mit Helmut Schmidt). Das südafrikanische Waffenarsenal, das sehr wahrscheinlich nukleare Komponenten einschließt, könnte, so die britische Argumentation, militärisch oder auch politisch – letzteres im Sinn von „proliferation after liberation“ – eingesetzt werden.

Namibia – kein Modell für Südafrika

Entscheidend für den Erfolg dieser Diplomatie der Vermittlung, die teilweise hinter dem Rücken des kranken und altersstarken Staatspräsidenten Botha stattfand, dürfte gewesen sein, daß sie, anders als die 1977/78 von Washington und Bonn geprägte und zunächst gescheiterte Diplomatie der rein westlichen Kontaktgruppe, die Probleme Namibias nicht mit denen Südafrikas gleichsetzte. Sie erkannte an, daß – im Gegensatz zu Namibia – Apartheid in dem Vielvölkerstaat Südafrika nur durch eine machtpolitische Absicherung der Interessen der in mehr als drei Jahrhunderten gewachsenen weißafrikanischen Nation zu überwinden sei. Es war dann Justizminister Kobie Coetsee, ein enger Vertrauter des Erziehungsministers und späteren (seit September 1989) Staatspräsidenten Frederik Willem de Klerk, der 1988/89 den immer noch inhaftierten Nelson Mandela über die britisch-amerikanisch-sowjetischen Initiativen und die (positiven) Reaktionen Pretorias informierte.

Ähnlich wie jetzt die Briten, Amerikaner und Sowjets hatte, ohne sich damit im Kabinett durchzusetzen, der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt bei einem Treffen mit US-Vizepräsident Walter Mondale im Mai 1977 argumentiert. Mondale hatte die These vertreten, der Westen müsse alles in seiner Macht Stehende unternehmen, um Pretoria zur Aufgabe seiner Politik der Apartheid zu bewegen. Schmidts Reaktion beschränkte sich auf die an Mondale gerichtete Frage: „And replace it with what?“ Damals wie heute bestand die Bundesregierung darauf, den Südafrikakonflikt auf die gleiche Weise wie den in Namibia, also letztlich durch Machtumkehr, zu lösen. So wurde sie in die gemeinsame Politik Washingtons, Londons und Moskaus nicht einbezogen. Die Folge war, daß der in Resolution 435 des UN-Sicherheitsrats enthaltene

Plan zur Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit ohne jede deutsche Einflußnahme in die Tat umgesetzt wurde. Diese Passivrolle der westdeutschen Regierung löste auch bei der Ende 1989 ins Amt gewählten Regierung in Windhuk Verwunderung aus. Entsprechend problematisch gestalteten sich die Anfänge der Beziehungen beider Staaten. Nach Erlangung der Unabhängigkeit im März 1990 bemühte sich die Regierung Namibias zunächst noch um die Einrichtung eines Generalkonsulats in Ost-Berlin, weigerte sich jedoch, eine Botschaft in Bonn zu eröffnen. Das letztere wurde erst im September 1991 in Angriff genommen, bis heute ist kein namibischer Botschafter benannt. Auch widersetzte sich Windhuk dem Wunsch der Bundesregierung, den Bonner Botschafter zum Doyen des diplomatischen Corps in Windhuk zu machen.

Als de Klerk im Juni 1989, wenige Monate vor seiner Wahl zum Nachfolger Bothas, in London Gespräche führte, vermochten ihn seine Gastgeber von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Innenpolitik seines Landes drastisch zu ändern. Noch könne er, so die Argumentation von Premierministerin Margaret Thatcher und Botschafter Renwick, aus einer Position der Stärke verhandeln. Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime im östlichen Mitteleuropa in der zweiten Jahreshälfte 1989 ließ de Klerk dann endgültig erkennen, daß auch er binnen kurzem in eine Position der Schwäche geraten und dann nur noch über die Kapitulation des weißen Südafrika verhandeln können. Einer seiner engsten Berater, der Vorsitzende des Broederbond, Pieter de Lange, faßte das in die Worte „Das größte Risiko für das Afrikanerdom wäre, kein Risiko einzugehen.“

Die südafrikanische Revolution von oben hatte um die Jahreswende 1989/90 ihre eigene Dynamik gewonnen: Anfang 1990 wurden die Verbote von ANC, SACP, PAC u.a. aufgehoben, mit Nelson Mandela der letzte ihrer Führer freigelassen, ein Jahr später das Netzwerk der Apartheid-Gesetze über Bord geworfen, und Ende 1991 trat Codesa erstmals zusammen.

Chancen für Codesa?

Südafrika ist ein in vielem zerstörtes Land. Überall reicht die Arbeitslosigkeit Schwarzer an die 40-Prozent-Marke heran; im östlichen Kap ist sie noch höher. Jahrzehnte sog. Bantu Education und seit Mitte der 70er Jahre Schulboykotte („liberation first, education later“) haben zu zahllosen Mißständen im Ausbildungswesen sowie zur Entstehung einer „verlorenen Generation“, d.h. ca. drei Millionen hochpolitisierten Analphabeten, geführt. Unzählbar sind die

Versäumnisse im Wohnungsbau sowie vor allem im ländlichen Gesundheitswesen. Die Zahl selbst schwerster Straftaten steigt stetig. Erwartet werden muß eine sinkende Leistungskraft der Volkswirtschaft des Post-Apartheid-Südafrika und ein Ausbleiben adäquater entwicklungspolitischer Leistungen der auf den Wiederaufbau im

Widerstand der gefährlichere sein. Der bislang nur latent starke PAC sieht seine Chance dort, wo sich der ANC in den Verhandlungen mit der NP (und KP?) kompromittieren wird. Die Stärke der KP rührt daher, daß sie bei Polizei, Militär und in der übrigen Verwaltung über sehr viele Anhänger verfügt, die zur Sabotage ihnen nicht genehmer Re-



Foto: Botschaft der RSA

Sitzung von Codesa 20. – 21. Dezember 1991. Von links nach rechts: M. Mahomed (Vorsitzender), M. Corbet, P.J. Scharbot

Osten konzentrierten westlichen Geber, so daß viele dieser Mißstände nicht behoben werden können. Verhängnisvoll ist schließlich, daß die südafrikanische Gesellschaft durch und durch undemokratisch ist. In den Jahrhunderten des Rassismus hatten die weißen Afrikaner kein Interesse und ihre schwarzen Mitbürger keine Möglichkeiten zur Entwicklung einer demokratischen Kultur. So fehlt NP, ANC, SACP, KP, PAC und IFP die Fähigkeit zur politischen Toleranz und häufig auch zum Kompromiß. Südafrika droht, wie es der in den siebziger Jahren wegen seiner ANC-Aktivitäten für sieben Jahre in Pretoria inhaftierte Schriftsteller Breyten Breytenbach formulierte, „die unendlichen Varianten der Barbarei“ zu erleben.

Die größten Gefahren für eine Einigung liegen auf schwarzer wie auf weißer Seite bei den extremen Gruppierungen: dem Pan Africanist Congress (PAC) und der Konservativen Party (KP). Beide werden Codesa-Vereinbarungen, die ihre Unterschrift nicht tragen, nicht respektieren. Da die KP ungleich besser organisiert ist als PAC, wird ihr

formen in der Lage und bereit sind. Die weiße Bevölkerung wird eine Vereinbarung nur akzeptieren, wenn ihre (Minderheiten-) Rechte machtpolitisch abgesichert werden. Um den Widerstand der reaktionären KP zu brechen, hat sich de Klerk Ende Januar 1992 in seiner Rede zur Eröffnung des Kapstädter Parlaments dafür ausgesprochen, das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ auf die Tagesordnung von Codesa zu nehmen. D.h., daß er über ein „Afrikaner-Israel“, ein Homeland der Weißen, etwa in den Grenzen der heutigen Kapprovins, verhandeln will. Es erscheint noch sehr zweifelhaft, ob sich KP und ANC darauf einlassen werden. Tun sie es nicht, so wird Südafrika einer Entwicklung des gewaltsamen Auseinanderbrechens (ähnlich wie jüngst Jugoslawien und Äthiopien) mitsamt massiven Bevölkerungsverschiebungen noch näher kommen. ■

Dieser Beitrag wurde Ende Februar geschrieben, konnte daher die Ergebnisse des Referendums vom 17. März noch nicht berücksichtigen.

Klaus Frhr. von der Ropp hat sich seit mehr als 20 Jahren publizistisch mit der politischen Entwicklung im südlichen Afrika befaßt.